

EBET | Caroline-Michaelis-Str. 1 | 10115 Berlin

EBET-Info 2/2021  
Informationen aus der  
Wohnungsnotfall- und  
Straffälligenhilfe

Evangelischer  
Bundesfachverband  
Existenzsicherung und  
Teilhabe e. V. (EBET)

Wohnungsnotfall- und  
Straffälligenhilfe

Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin  
Telefon: +49 30 65211-1644  
Telefax: +49 30 65211-3644

Berlin, 16. Februar 2021

## I. Aus dem Bundesverband

### **Gemeinsame Pressemeldung anlässlich des Starts des Appells "Corona trifft Arme extra hart - Soforthilfen jetzt!"**

#### **Zivilgesellschaftliches Bündnis kritisiert Coronahilfen für arme Menschen als unzureichend**

Berlin, den 9. Februar 2021 - Ein Bündnis von 41 Gewerkschaften und Verbänden bewertet den von der Großen Koalition in Aussicht gestellten Einmalzuschlag in Höhe von 150 Euro für arme Menschen als „Tropfen auf den heißen Stein“. Die Organisationen starten heute eine breite Unterschriftensammlung, um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, endlich armutspolitisch wirksame Soforthilfen auf den Weg zu bringen.

Die Covid-19-Pandemie mit all ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen treffe "die Ärmsten in der Gesellschaft besonders hart", heißt es in dem heute veröffentlichten Appell, und ausgerechnet die Ärmsten seien es, die nunmehr seit Beginn der Krise vor fast einem Jahr "noch immer auf angemessene Unterstützung" warten.

Das Bündnis fordert die zügige Anhebung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro für alle Menschen, die auf existenzsichernde Leistungen wie etwa Hartz IV angewiesen sind. „Denn schon vor Corona fehlte es den Armen an Geld für eine ausgewogene, gesunde Ernährung und ein Mindestmaß an sozialer, politischer und kultureller Teilhabe“, heißt es in dem Appell. Darüber hinaus brauche es statt einer Einmalzahlung für die Dauer der Krise einen pauschalen Mehrbedarfszuschlag in der Grundsicherung von 100 Euro pro Kopf und Monat, um zusätzliche corona- bedingte Kosten auszugleichen. Schließlich fordern die Organisationen „für die Dauer

Evangelischer  
Bundesfachverband  
Existenzsicherung und  
Teilhabe e. V. (EBET)  
Wohnungsnotfall- und  
Straffälligenhilfe  
Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin

Telefon: +49 30 652 11-1644  
Telefax: +49 30 652 11-3644  
ebet@diakonie.de  
www.ebet-ev.de

Registergericht: Amtsgericht  
Berlin-Charlottenburg  
Registernummer: VR 33312 B  
Vorsitzender:  
Dr. Jens Rannenberg  
Stellv. Vorsitzende  
Stefan Gillich  
Rotraud Kießling

Steuer-Nr.: 27/664/56577

Evangelische Bank eG  
IBAN:  
DE11 5206 0410 0000 4057 52  
BIC: GENODEF1EK1

Barrierefreier Parkplatz in  
der Tiefgarage

der Krise ein Verbot von Zwangsräumungen und die Aussetzung von Kreditrückzahlungen, um einkommensarme Menschen vor Corona-bedingtem Wohnungsverlust und Existenznot zu schützen.“

Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland: „Durch die Corona-Krise sind viele Menschen in Deutschland in existentielle Not geraten. Der Regelsatz reicht vorne und hinten nicht aus. Im Lockdown fallen viele Notfallhilfen und günstige Einkaufsmöglichkeiten weg. Und es fallen zusätzliche Kosten für Beschäftigung, Ernährung, Homeschooling und Hygieneartikel an. Von Armut Betroffene brauchen kein einmaliges Trostpflaster von 150 Euro, sondern einen verlässlichen Krisenzuschlag von monatlich 100 Euro pro Person für die Dauer der Pandemie.“

Der Appell wurde initiiert von einer breiten Allianz, die von Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, über Kultur, Wohnen, Umwelt bis zu Selbsthilfe, Gesundheits- und Menschenrechtsorganisationen reicht. Das Bündnis ruft Bürgerinnen und Bürger auf, mit ihrer Unterschrift unter den Appell „Corona trifft Arme extra hart - Soforthilfen jetzt!“, politisch Druck zu machen, damit auch die Ärmsten - ob arme Alte und Pflegebedürftige oder Kinder, Arbeitslose, Flüchtlinge oder Erwerbsgeminderte - die Corona-Krise gut überstehen können.

Appell „Corona trifft Arme extra hart - Soforthilfen jetzt!“:

[https://diakonie.de/fileadmin/user\\_upload/Diakonie/PDFs/Pressemitteilung\\_PDF/Appell\\_Coronatrifft-Armeextrahart.pdf](https://diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Pressemitteilung_PDF/Appell_Coronatrifft-Armeextrahart.pdf)

Unterzeichnung möglich ab sofort hier:

[www.campact.de/corona-nothilfen/](http://www.campact.de/corona-nothilfen/)

[www.foodwatch.org/de/mitmachen/corona-trifft-arme-extra-hart-soforthilfen-jetzt/](http://www.foodwatch.org/de/mitmachen/corona-trifft-arme-extra-hart-soforthilfen-jetzt/)

[www.der-paritaetische.de/coronahilfe](http://www.der-paritaetische.de/coronahilfe)

### **Pressemitteilung**

#### **Koalition nimmt im Lockdown erstmals Arme in den Blick - Masterplan Armutsbekämpfung nötig**

Berlin, den 4. Februar 2021 - Zu den Ergebnissen des Koalitionsausschusses erklärt Diakonie-Präsident Ulrich Lillie:

„Nach einem Jahr Corona-Krise nimmt die Koalition mit dem einmaligen Hartz-IV- Zuschlag endlich Arme in den Blick - das ist gut, aber längst überfällig, genauso wie die Weisung vom Montag, nun zuverlässig Computer für Kinder in der Grundsicherung zu finanzieren. Mit einer einmaligen Unterstützung ist das Grundproblem jedoch nicht gelöst. Nach der langen Durststrecke für Arme reicht ein kleiner Schluck Wasser nicht aus. Materiell benachteiligte Menschen brauchen langfristig ausreichende Hilfen, wenn wir es mit der Chancengerechtigkeit ernst meinen.“

An Stelle des Kleinrechnens in der Grundsicherung sollte ein Masterplan Armutsbekämpfung treten, der immerhin jedem fünften Menschen unter uns Zugehörigkeit und Teilhabe auch tatsächlich ermöglicht. Diese Menschen pendeln zwischen prekären Jobs, Erwerbslosigkeit, Hartz IV und Tafeln, sie brauchen Perspektiven statt dauerhafter Ausgrenzung. Dazu gehören ein ausreichender Regelsatz und ein monatlicher Corona-Zuschlag bis zum Ende des Lockdowns.“

## II. Von Mitgliedern

### **„Leben auf der Straße wahrscheinlich gefährlicher denn je!“**

#### **Diakonie Bayern fordert Unterstützung von Obdachlosen**

Nürnberg, 9.2.2021 Verkehrschaos auf den Straßen, ausgefallene Bahnverbindungen, Glatteis – die Wetterlage hat Teile Deutschlands nahezu lahmgelegt. Von Schnee und Frost gehen für Menschen ohne eigene Wohnung jedoch besondere Gefahren aus. Darauf weist jetzt die Diakonie in Bayern hin: „Offiziell haben allein mehr als 15.000 Menschen in Bayern keine eigene Wohnung – das Dunkelfeld dürfte noch deutlich größer sein“, sagt Sandra Schuhmann, zuständige Vorständin im zweitgrößten Wohlfahrtsverband in Bayern. „Sie leiden besonders unter der Pandemie – die Kälte kann für viele lebensbedrohend sein.“

Schuhmann ruft die Bürgerinnen und Bürger Bayerns darum auf, besonders aufmerksam zu sein. „Scheuen Sie sich nicht, die 112 zu wählen, wenn Sie einem hilflosen Menschen auf der Straße begegnen. Bieten Sie Hilfe an und vermitteln Sie gegebenenfalls den Kontakt zu einer Einrichtung der Wohnungslosenhilfe bzw. der Diakonie, die es fast in jedem Ort gibt.“

Der Mangel an Übernachtungsplätzen sowie fehlende Möglichkeiten, sich tagsüber im Warmen aufzuhalten, könnten lebensgefährlich sein, so Schuhmann weiter. „Wir brauchen dringend zusätzliche Unterbringungs- und Versorgungsmöglichkeiten für die Betroffenen“, so Schuhmann weiter, denn die Pandemie stelle für die bestehenden Einrichtungen eine besondere Herausforderung dar: „Aus Hygienegründen können die Einrichtungen nicht so belegt werden wie in den Zeiten vor Corona – wir wissen von Fällen, in denen Betroffene Notunterkünfte aus Angst vor einer Corona-Ansteckung meiden.“

Sie appellierte darum an die bayerischen Kommunen, hier nach Möglichkeit aktiv zu werden. „Neben einer durchgehenden Öffnung von Notübernachtungsstellen sollte darüber nachgedacht werden, Räume zeitweise zur Verfügung zu stellen, die jetzt pandemiebedingt nicht genutzt werden können – wie etwa Turnhallen.“ Gegebenenfalls müsse auch über die Anmietung leerstehender Hotels nachgedacht werden.

Sie wisse, dass der Kampf gegen die Pandemie den Städten und Landkreisen viel abverlange. „Den vulnerablen Gruppen in der Gesellschaft gilt momentan unsere ganze Aufmerksamkeit, und das ist auch richtig so. Wer aber kann verletzlicher sein als jemand, der auf der Straße lebt?“

#### **Wohnungslose schaffen Skulpturen - "Frierende Hosen" gehen so bald nicht weg**

Mit starr gefrorenen Jeanshosen wollen wohnungslose Menschen in Hannover auf ihre Not bei den eisigen Temperaturen aufmerksam machen. Die Aktion "Frierende Hosen" verdeutliche die Lage derjenigen, die bei Wind und Wetter unterwegs seien und bei Eiseskälte die Nächte im Freien verbringen, teilte der Verein Werkheim mit.

Mehr zur Aktion: <https://www.whhannover.de/newsreader/frierende-hosen.html>

Beitrag auf ntv.de (11.02.2021): <https://www.n-tv.de/politik/Frierende-Hosen-gehen-so-bald-nicht-weg-article22355727.html>

### **Diakonie Hamburg begrüßt Einzelunterbringung im Winternotprogramm**

Die Hamburger Sozialbehörde schuf zum 1. Februar an einem Winternotprogramm-Standort 35 zusätzliche Einzelunterbringungsmöglichkeiten für Menschen mit besonderen psychischen Beeinträchtigungen. Das Diakonische Werk Hamburg begrüßte die Maßnahme. Siehe auch den Bericht im Hamburger Straßenmagazin „Hinz & Kunzt“:

<https://www.hinzundkunt.de/hamburg-obdachlose-notunterkunft-einzelzimmer/>

### **Neue Handreichung „Scham – Zwischen Tabu und Chance“**

In der Handreichung der Diakonie-Landesverbände Hessen, Rheinland-Westfalen-Lippe und Pfalz geht es um Impulse für einen förderlichen Umgang mit Scham im freiwilligen Engagement. Sie soll eine Unterstützung für die tägliche Arbeit anbieten. Folgende Themen werden in der Broschüre behandelt:

- Scham in ihren vielfältigen Dimensionen
- Scham in helfenden Beziehungen
- Für die Wahrnehmung von Scham und Beschämung im freiwilligen Engagement sensibilisieren
- Räume der Würde schaffen
- Wertschätzung als Ausgangspunkt für einen förderlichen Umgang
- Impulse für einen Workshop zum Thema Scham

Download der Handreichung: <https://portal.diakonie-hessen.de/info/publikationen/#section1>

Druckexemplare gibt es bei den drei Landesverbänden.

## **III. Aus der BAG W**

### **BAG Wohnungslosenhilfe meldet bereits 20 Kältetote in diesem Winter**

Berlin, 12.02.2021. Nachdem die BAG Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) am 05.02. vermeldet hatte, dass in diesem Winter 2020/2021 bereits 17 wohnungslose Menschen erfroren sind, waren es eine Woche später bereits 20 Kältetote. Die wohnungslosen Menschen erfroren im Freien, unter Brücken, auf Parkbänken, in Hauseingängen, unter Planen, in Zelten und sonstigen notdürftigen Unterständen. Seit dem Winter 2009/2010 hat es nicht mehr so viele erfrorene Wohnungslose in Deutschland gegeben. Seit Beginn der Dokumentation der Kältetoten im Jahr 1991 sind mindestens 335 wohnungslose Menschen aufgrund einer Unterkühlung verstorben.

<https://www.bagw.de/de/presse.html>

## **IV. Fortbildungsangebote**

### **Digitaler Workshop „Housing First bei jungen Wohnungslosen“ am 25.02.2021**

Ein zweistündiger Workshop der Katholischen Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe am 25. Februar behandelt das Thema Housing First, insbes. Bedingungen und Anforderungen an eine gute Umsetzung bei jungen Menschen.

Anmeldung zum kostenfreien Workshop bis 22.2.:

<https://ssl-sug.carinet.de/slus/anmeldeseite-workshop-housing-first-fuer-und-mit-jungen-wohnungslosen>

## Aktuelle Angebote der Bundesakademie für Kirche und Diakonie

### Kursbeschreibung und Anmeldung direkt über den Titellink

#### Online-Kurs

##### [Rechtliche Beratung in der Wohnungslosenhilfe](#)

4 Module à 3 Stunden ONLINE im Zeitraum von 6 Wochen

Beginn 28. Mai 2021

Sie werden relevante Grundlagen der Wohnungslosenhilfe SGB II und XII, Sozial-, Miet- und Ordnungsrecht erlangen und lernen diese anhand von eigenen Fällen fachpraktisch umzusetzen.

#### Online-Kurs

##### [Psychisch kranke Wohnungslose zwischen den Hilfesystemen - Aspekte bedarfsgerechter Hilfen](#)

23.-25. März 2021

Psychisch erkrankte wohnungslose Menschen stellen sowohl das Hilfesystem der Wohnungslosenhilfe als auch das der Gemeindepsychiatrie vor spezifische Herausforderungen. Die Unterstützung im Einzelfall erfordert eine differenzierte Betrachtung der Wechselwirkungen zwischen Gesundheitsstörungen, Teilhabechancen und Kontextfaktoren. In der Beziehungsgestaltung sind Aspekte einer therapeutischen Grundhaltung von maßgeblicher Bedeutung.

#### Interdisziplinäres Format für Wohnungslosenhilfe, Jugendhilfe, Streetwork

##### [Straßenkinder und junge Obdachlose](#)

06.10.2021–08.10.2021 Frankfurt

Straßenkinder - ausgerissen und obdachlos - leben gefährlich, sind auf sich gestellt und ohne Perspektive. Gesundheitliche Probleme, Drogensucht, psychische Beeinträchtigungen, massive soziale Verwerfungen im familiären und sozialen Kontext stellen Hilfesysteme vor enorme Herausforderungen. Oftmals sind Straßenkinder zu jung für die Wohnungslosenhilfe, zu wild und anarchisch für ambulante und stationäre Jugendhilfe. Das Netzwerk Bündnis für Straßenkinder entwickelt Hilfemöglichkeiten von der niedrigschwelligen Übernachtung bis zum Einstieg in Bildungsangebote. Streetwork und Straßenschule sind integraler Bestandteil des "Pendelsystems". Sie erhalten einen Überblick zum aktuellen Hilfesystem für junge Menschen auf der Straße und diskutieren neue Konzepte und Strategien.

#### Unsere „Klassiker“ - Hier gibt es nur noch wenig freie Plätze:

##### [Hilfe für wohnungslose Männer und Frauen in besonderen sozialen Schwierigkeiten](#)

27.10.2021–11.03.2022 Hannover

##### [Rechtliche Grundlagen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten](#)

27.10.2021–11.03.2022 Filderstadt

Weitere Programminfos

<https://www.ba-kd.de/programm/>

Anregungen und Themenvorschläge bitte an:

Frank Dölker

Studienleiter Wohnungslosenhilfe

0173 510 54 98

[frank.doelker@ba-kd.de](mailto:frank.doelker@ba-kd.de)

## V. Aus der Politik / Verwaltung / Wissenschaft / Gesellschaft

### **FDP fordert Taskforce für Obdachlose**

Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert in einem Antrag vom 26. Januar 2021, obdachlose Menschen in der Corona-Pandemie nicht zu vergessen. Obdachlose Menschen seien von der Pandemie besonders betroffen. Aufgrund von Vorerkrankungen, einem geschwächten Immunsystem und einem häufig fortgeschrittenen Alter gehörten sie zur besonders gefährdeten Gruppe und hätten keine Chancen, im häuslichen Umfeld Schutz vor einer Ansteckung durch das Virus zu finden. Die Fraktion verlangt von der Bundesregierung die Einrichtung einer Taskforce aus Bund, Ländern und Kommunen, in der auch Alternativen zu wegfallenden Plätzen in Notunterkünften geprüft werden. Neben der Wohnungslosenstatistik solle auch eine Obdachlosenstatistik eingeführt werden. Die FDP fordert außerdem die (Weiter-) Entwicklung des „Housing First“-Ansatzes.

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/261/1926184.pdf>

### **Anhörung im Gesundheitsausschuss zu Hilfe für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz**

Den mangelhaften Zugang von Obdachlosen, Flüchtlingen oder Beitragsschuldnern zur medizinischen Versorgung beklagten Verbände am 27. Januar 2021 in einer Anhörung des Bundestagsgesundheitsausschusses zu Oppositionsanträgen der Linken und der Grünen. Sie mahnten einen Zugang aller Menschen unabhängig von ihrem sozialversicherungsrechtlichen Status zu einer guten Gesundheitsversorgung an, Gesundheit sei ein Menschenrecht. Neben administrativen und praktischen Hürden verhinderten auch bundesgesetzliche Barrieren den Zugang.

<https://www.bundestag.de/ausschuesse/a14/anhoerungen?url=L2F1c3NjaH-Vlc3NIL2ExNC9hbmhvZXJ1bmdlbi84MTUwODItODE1MDgy&mod=mod795762>

Anträge:

Linksfraktion: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/261/1926184.pdf>

Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/195/1919538.pdf>

### **Bundesverfassungsgericht zu menschenunwürdigen Haftbedingungen**

Das Bundesverfassungsgericht veröffentlichte am 27. Januar zwei Beschlüsse eine menschenunwürdige Unterbringung von Gefangenen betreffend und gab den Verfassungsbeschwerden teilweise statt. Beide Beschwerdeführer waren im Jahr 2012 in bayerischen Justizvollzugsanstalten inhaftiert. In einem Fall wurde der Beschwerdeführer in seinem Recht auf rechtliches Gehör und in der Gewährleistung des allgemeinen Willkürverbots verletzt. Bei einer Unterbringung mit einem weiteren Gefangenen in zu kleinen Hafträumen muss das Verbot der unmenschlichen Behandlung besonders ernsthaft geprüft werden. In dem anderen Fall wurde der Beschwerdeführer durch die Zurückweisung eines Prozesskostenhilfeantrags in seinem Anspruch auf Rechtsschutzgleichheit verletzt, indem eine für die Beurteilung des Begehrens des Beschwerdeführers maßgebliche Rechtsfrage in das Prozesskostenhilfverfahren vorverlagert wurde. In beiden Fällen wurde die Sache an das Landgericht zur erneuten Entscheidung zurückverwiesen.

Beschlüsse: [1 BvR 117/16](#) und [1 BvR 149/16](#)

### **Bundesverfassungsgericht zur Rechtmäßigkeit von elektronischen Fußfesseln**

Mit dem Grundgesetz vereinbar ist der Einsatz elektronischer Fußfesseln bei entlassenen Straftätern, die ein Rückfallrisiko aufweisen. Das Bundesverfassungsgericht informierte am 4. Februar über eine Entscheidung aus dem Dezember 2020. Mit einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung liege zwar ein tiefgreifender Grundrechtseingriff insbesondere in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und das allgemeine Persönlichkeitsrecht vor. Dieser Grundrechtseingriff sei aufgrund des Gewichts der geschützten Belange zumutbar und stehe nicht außer Verhältnis zu dem Gewicht der Rechtsgüter, deren Schutz die elektronische Aufenthaltsüberwachung bezweckt.

Beschluss: [2 BvR 916/11, 2 BvR 636/12](#)

### **Auswirkungen von Covid-19 auf den Strafvollzug**

Frieder Dünkel und Christine Morgenstern befassen sich in der Zeitschrift „Neue Kriminalpolitik“ (Heft 4/2020) mit „Der Einfluss von Covid-19 auf den Strafvollzug und die Strafvollzugspolitik in Deutschland“. Der Beitrag beschreibt die Reaktionen im Strafvollzug auf den Ausbruch der Corona-Pandemie in 2020 und diskutiert weitergehende strafvollzugspolitische und sanktionenrechtliche Optionen für die Zeit nach der Pandemie wie z. B. die Beibehaltung internetbasierter Kommunikation mit Angehörigen etc., die Möglichkeiten des Home-Office für einige Tätigkeitsbereiche der Bediensteten und sanktionenrechtlich die Abschaffung oder zumindest weitergehende Reduzierung der ESF sowie kurzer Freiheitsstrafen generell.

[https://reso-infoportal.de/attachments/article/5684/Dünkel%20Morgenstern%20Covid-19%20im%20Strafvollzug%20in%20Deutschland%20NK%204\\_2020.pdf](https://reso-infoportal.de/attachments/article/5684/Dünkel%20Morgenstern%20Covid-19%20im%20Strafvollzug%20in%20Deutschland%20NK%204_2020.pdf)

### **Petition der deutschen Straßenzeitungen im International Network of Streetpapers: Öffnet jetzt die Hotels für Obdachlose!**

Gegen das Sterben auf der Straße wendet sich die Petition der Straßenzeitungen an die Ministerpräsident\*innen und Oberbürgermeister mit dem Appell, Hotels für Obdachlose zu öffnen und sie in der Pandemie sicher unterzubringen.

Zur Petition und Unterschriftsmöglichkeit:

<https://www.youtube.com/watch?v=7Ao3c6juGus>

## **VI. Medienbeiträge**

### **ARTE-Beitrag über Kölner Obdachlose, die ein Haus besetzen und dort selbstbestimmt leben und arbeiten wollen**

<https://www.youtube.com/watch?v=7Ao3c6juGus>

### **Videoreportage des SPIEGEL zur Situation von Obdachlosen im Winter**

<https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/obdachlose-in-hamburg-der-akku-war-im-sommer-schon-leer-a-21e85584-270f-468b-9da5-afe649f7841b>

### **Interview mit Gerhard Trabert in der Frankfurter Rundschau zu Obdachlosen in der Pandemie**

<https://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/corona-obdachlose-armut-hessen-90184213.html>

### **SWR2 Sendung „Strafvollzug in den Niederlanden – Leere Gefängnisse, wenige Täter“**

<https://www.swr.de/swr2/wissen/strafvollzug-in-den-niederlanden-leere-gefaengnisse-wenige-taeter-100.html>

**Clever Girls – rebellisch, feministisch, wegweisend. Ein Masterplan für die Hauptstadt der Obdachlosigkeit**

<https://www.ardaudiothek.de/clever-girls-rebellisch-feministisch-wegweisend/ein-masterplan-fuer-die-hauptstadt-der-obdachlosigkeit/85742484>



Stefan Gillich  
Stellv. Vorsitzender



Petra Zwickert  
Vorstand